

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Wolfgang Pirkhuber, Peter Pilz, Freundinnen und Freunde

betreffend dringend benötigte Hilfe für Syrien durch das WFP

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (820 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2016 (Bundesfinanzgesetz 2016 - BFG 2016) samt Anlagen – UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

BEGRÜNDUNG

Der Nationalrat hat bereits am 24. September 2015 folgende Entschließung einstimmig beschlossen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem World Food Programme der Vereinten Nationen umgehend eine Unterstützung zur Versorgung der Flüchtlinge in der Region rund um Syrien zukommen zu lassen und sich international für eine ausreichende Unterstützung der Syrien-Flüchtlinge in der Region einzusetzen. Der österreichische Beitrag soll sich an Deutschland und den anderen europäischen Staaten orientieren.“

Der nunmehr vorliegende Bundesvoranschlag 2016 lässt jedoch wieder eine ausreichende Unterstützung der Hilfsprogramme des WFP nicht erwarten. Da die humanitäre Katastrophe in und um Syrien jedoch leider auch in den Folgejahren noch andauern wird, und die Versorgung der Flüchtlinge vor Ort ein wichtiges Element zur Vermeidung lebensgefährdender Massenfluchtbewegungen ist, wird die Bundesregierung das Budget 2016 entsprechend zu ergänzen haben. Traditionell wird die Lebensmittelhilfe über das Budget des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft abgewickelt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Entwurf für eine Ergänzung des Bundesfinanzgesetzes 2016 und des Bundesfinanzrahmengesetzes 2016 bis 2019 vorzulegen, in dem die erforderlichen Beiträge an das World Food Programme der Vereinten Nationen für Lebensmittelhilfe in der Region rund um Syrien Bedeckung finden, und zwar in der Höhe der Leistung vergleichbarer europäischer Staaten, wie etwa der Schweiz.“



